

## N i e d e r s c h r i f t der 52. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

am: 21.03.2019 Ort: Sitzungssaal des Rathauses  
 5 Beginn: 17:10 Uhr Ende: 20:10 Uhr

### *anwesende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:*

	Kolan, Lars	
	Beck, Wolfram	Piesker, Günter
10	Bruse, Paul	Richter, Jens
	Herzke, Burkhard	Rieger, Andreas
	Kaiser, Benjamin	Rogalla, Peter
	Kindler, Christoph	Sell, Marco
	Minetzke, Sabine	Weidemanns, Thomas
15	Mogschan, Dietmar	Lange, Bork
	Richter, Sven	

### *entschuldigt:*

	Schneider, Peter	Kaiser, Thomas
20	Kunze, Martin	Dr. Schönfelder, Inis
	Krüger, Reinhard	Selbitz, Frank
	Brose, Detlef	

### *anwesende Verwaltungsangestellte:*

25	Merting, Marita	Hase, Michael
	Streiber, Petra	Ziemer, Dörthe
	Neumann, Frank	Beyer, Henry
	Kurz, Anett	Dörre, Bert

### *anwesende Ortsvorsteher:*

30 Krüger, Dieter

---

- öffentlicher Teil -

35

### **TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

40 Herr Rogalla begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde. Es sind zum Beginn der Sitzung 15 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Herr Rogalla verliest im Auftrag des Herrn Thomas Kaiser folgende persönliche Erklärung:

45 „Für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.03.2019 entschuldige ich mich ein letztes Mal aus dienstlichen Gründen. Gleichwohl zeige ich Ihnen an, dass ich zum 22.03.2019 mein Mandat niederlege. Eine entsprechende schriftliche Erklärung ist auf dem Weg zur Wahlleiterin.

50 *Sehr geehrte Damen und Herren,*  
*die letzten fünf Jahre waren eine sehr intensive Zeit. Begonnen im persönlichen, aus der Bürgerinitiative gegen Abwasseranschlussbeiträge wurde ein Verein, eine Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, die einzige im Lobbyregister des Landtages Brandenburg eingetragene Bürgervertretung. Persönlich ging der Weg aus der Bürgerinitiative über ein Studium der*  
 55 *Rechtswissenschaften, des Anschlussbeitrags- und Gebührenrechts hin zu einem juristischen Masterabschluss. Es waren aber auch das Mandat in der Stadtverordnetenversammlung zu bedienen, die Arbeit im Brandenburger Landtag zu verrichten und letztlich auch aktuell die*

*Promotion an der Martin-Luther-Universität zu bewältigen. Alles in allem eine sehr bewegte Zeit.*

60 *Ich bin dankbar für die Erfahrungen, die Diskussionen und Ergebnisse aus den vergangenen Jahren. Auch wenn wir uns nicht immer einig waren, herrschte doch in der Stadtverordnetenversammlung ein sehr konstruktiver Umgangston.*

*Ganz im Gegensatz zur Arbeit mit der Stadtverwaltung. Da wurde eher geblockt und verhindert, erklärt, was nicht geht und schon gar nichts Neues und Innovatives aufgenommen, Rat und Tat angenommen oder weitreichend für die Zukunft geplant und auch ausgeführt.*

*Ich bedanke mich ausdrücklich zuerst bei meinen Fraktionskollegen für die zielführende politische Arbeit, für unzählige gemeinsame Stunden im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger.*

70 *Ich bedanke mich bei dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung für eine souveräne und sachdienliche Leitung, teils auch schwieriger Sitzungen. Ich danke auch den weiteren Mitgliedern der Stadtverordneten.*

75 *Ihnen allen wünsche ich alles Gute für den weiteren Lebensweg, bleiben Sie alle gesund und aufgeweckt. Alles Gute für die kommende Kommunalwahl und der neuen Stadtverordnetenversammlung ein glückliches Händchen bei der Bewältigung der kommenden Aufgaben.“*

## **TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung**

---

80 Herr J. Richter regt in Ergänzung zu TOP 8 eine Aussprache im nichtöffentlichen Teil an. Er schlägt vor, diese nach dem Bericht des Bürgermeisters im nichtöffentlichen Teil einzufügen.

Herr Rogalla ergänzt, dass sich die Tagesordnung sodann auf 21 Tagesordnungspunkte erweitert.

85 Herr Sell kommt um 17:15 Uhr.

Die Stadtverordneten sprechen sich einstimmig für die vorliegende Tagesordnung nebst vorstehender Ergänzung aus.

90 Herr Rogalla gratuliert den Herren Martin Kunze, Reinhard Krüger und Benjamin Kaiser nachträglich zum Geburtstag und spricht ihnen seine Glückwünsche aus.

## **TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2019**

---

Herr Kindler hat folgende Einwendung angezeigt:

100 Zeilen 323 und 324

Herrn Kindler mangelt es allerdings an fachlicher Betreuung, die er für ausgesprochen wichtig hält. Er informiert in diesem Zusammenhang über eine ~~volle Stelle, die im Hospital zum heiligen Geist geschaffen wurde~~ *¼-Stelle, die von der Stiftung „Hospital zum Heiligen Geist“ beim Diakonischen Werk gefördert wird.* Er ist der Auffassung, dass eine Verlegung des Obdachlosenheimes an einen anderen Standort grundsätzlich nichts ändern wird, die einzelnen Betroffenen müssen betreut werden, so dass u. a. auch Ruhe in der Unterkunft herrscht.

110 Weitere Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es nicht. Bei zwei Enthaltungen sprechen sich die Stadtverordneten dafür aus.

## **TOP 4 – Einwohnerfragestunde**

---

115 Es gibt keine Wortmeldungen.

## **TOP 5 – Bericht/Informationen des Bürgermeisters öffentlicher Art**

---

120 Herr Kolan stellt zwei neue Mitarbeiter des Fachbereiches Ordnungswesen vor. Seit dem 01.03.2019 sind Frau Kerstin Hahn als Politesse und Herr Marcel Michling als Politeur beschäftigt.

### **Stellungnahme der Bürgermeister/Amtsdirektoren des LDS**

125 „Ich möchte Sie darüber informieren, dass im Rahmen der Zusammenkunft der Bürgermeister und Amtsdirektoren beschlossen wurde, dem Landtag Brandenburg eine Erklärung zu übermitteln, eine Stellungnahme hinsichtlich der anstehenden Gesetzesänderung bezüglich der Straßenausbaubeiträge. Diese verlese ich hiermit:

130 Wir fordern Landtag und Landesregierung auf, schnell Rechtssicherheit zu schaffen und die mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verbundenen rechtlichen und tatsächlichen Zweifel auszuräumen sowie eine vollständige Kompensation der wegfallenden Anliegerbeiträge durch das Land Brandenburg im Kommunalabgabengesetz zu verankern. Wir erwarten  
135 die Feststellung eines Stichtages 01.01.2018. Ferner muss die Landesregierung zeitnah erklären, die ab dem Stichtag anstehenden Anteile der Beitragspflichtigen vollständig zu übernehmen, ohne dass die Gemeinden Grundstückseigentümer vorher veranschlagen müssen. Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist eine Kompensation gesetzlich zu verankern. Es handelt sich um einen Anwendungsfall des strikten Konekzitätsprinzips der Landes-  
140 verfassung. Es soll keine Vermischung der allgemeinen Kommunalfinanzierung mit dem Finanzausgleichsgesetz erfolgen.

### **Förderprogramm – Stadtumbau III**

145 Ich möchte Sie über den Eingang einer Bestätigung des Landesamtes für Bauen und Verkehr informieren, wonach die avisierte Fördersumme zur Entwicklung des Quartiers Lübben-Nord, nunmehr rückwirkend ab 2018 für den Zeitraum 2018 – 2028 zur Verfügung steht. Grundlage für diese Bestätigung war die eingereichte und nunmehr geprüfte Stadtumbau-  
150 strategie, die auch von dieser Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Bei Leistung des jährlichen Eigenanteils von 330.000 € über 10 Jahre durch die Stadt stehen damit 10.000.000€ zur Quartiersentwicklung in Lübben-Nord zur Verfügung. Die Förder-  
summe von Bund und Land beträgt 6.700.000 €).

### **Hinweise/Erinnerungen an die Fraktionen:**

155 Schreiben des Spreewerks, das Ihnen als Tischvorlage vorliegt, dessen Inhalt nun mit Blick auf die Tagesordnungen der kommenden Stadtverordnetenversammlung zu berücksichtigen sein wird. Es besteht der Wunsch, im Flächennutzungsplan entsprechende Ausweisungen vorzunehmen.

### **Entscheidung zum weiteren Verfahren B-Plan 4.1 – F.-L.-Jahn-Str.**

160 Ich bitte zu signalisieren, ob die Änderung des B-Planes, wie in der Info-Vorlage beschrieben, nunmehr angegangen werden soll oder die im Haushalt vorgesehene Erschließung zu einem  
165 reinen Wohngebiet weiter vorangetrieben werden soll.

170 Des Weiteren informiert Herr Kolan, dass mit Bescheid vom 15.03.2019 mitgeteilt wurde, dass die Spreewaldschule ab dem Schuljahr 2019/2020 eine Schule für gemeinsames Lernen ist.

Außerdem fand am 20.03.2019 im „Bellevue“ eine Veranstaltung zur Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt Lübben (Spreewald) statt. § 18 Kommunalverfassung erwartet, dass in der Hauptsatzung die Form der Jugendbeteiligung geregelt ist. 20 – 25 Jugendliche wurden befragt, wie sie sich vorstellen können, in der Hauptsatzung verankert zu sein, in welcher Form bzw. durch welche Maßnahmen sie beteiligt werden wollen. Vermutlich könnte dies in Form eines Jugendbeirates sein. Herr Kolan teilt mit, dass es eine sehr sinnvolle Veranstaltung war, mit guten Erkenntnissen wie Jugendliche angesprochen werden wollen bzw. welche Themen Jugendliche berühren, wie z. B. Infrastruktur, Mobilität, Geh- und Radwege sowie Freizeit und Erholung. Eine Art der Kommunikation heißt es nun festzulegen. Eine entsprechende Zusammenfassung der Veranstaltung wird in Kürze zur Verfügung stehen.

Herr Kolan fährt mit seinem Bericht weiter fort:

*Sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Gäste,*

*die meisten von Ihnen haben an der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - vor genau drei Wochen - teilgenommen. Ein Tagesordnungspunkt war dabei die persönliche Erklärung eines Stadtverordneten, in der er u.a. einschätzte, dass sich für ihn die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Stadtverordnetenversammlung in eine Richtung bewegt habe, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bis auf Weiteres nicht zulasse. Diese Sichtweise wurde im Verlauf der Sitzung und an den darauffolgenden Tagen auch durch die übrigen Fraktionen bzw. Stadtverordneten bestätigt. - und vermutlich auch heute in einer weiteren persönlichen Erklärung noch ergänzt.*

*Auslöser für diese öffentlich bekundete Unzufriedenheit war ganz offensichtlich eine Pressemitteilung aus meinem Hause - zum Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens bezüglich der Dienstleistungen der TKS.*

*Die dort gemachten Ausführungen führten ganz offensichtlich dazu, dass sich große Teile der Stadtverordnetenversammlung falsch wiedergegeben und das Zustandekommen ihrer Entscheidung in einem nicht tragbaren Kontext dargestellt sahen. Aus diesem Grund erfolgte im aktuellen Stadtanzeiger eine Veröffentlichung einer Erklärung der fünf Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, die das Zustandekommen ihrer Entscheidung rund um den Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens bzw. die Entscheidung für eine Ausschreibung entsprechend erläuterte. Darüber hinaus wurde seitens der Fraktionen in ihrer Erklärung festgestellt, dass die aus ihrer Sicht „verkürzte, unabgestimmte und wertende Pressemitteilung“ dazu geführt habe, dass ein „erhebliche(r)n Vertrauensverlust in der Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister“ entstanden sei.*

*Sehr geehrte Stadtverordnete, ich nehme den Inhalt Ihrer Erklärungen, egal ob mündlich in der Stadtverordnetenversammlung oder via gemeinsamer Erklärung vorgetragen, sehr, sehr ernst und ich habe unseren gemeinsamen Umgang und vor allem mein Verhalten in der Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung in den letzten 21 Tagen täglich intensiv hinterfragt und überlegt, was sich meinerseits ändern muss, um derartige Situationen, wie zuletzt, zu vermeiden und Ihr Vertrauen in meine Person, in meine Arbeit und in die Arbeit meiner Verwaltung zurück zu erlangen.*

*Dabei bin ich auch zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich bei Ihren Erklärungen und Feststellungen nicht um die Verärgerung über eine einzelne Pressemitteilung handelt, sondern, dass es ganz offensichtlich schon des Öfteren Situationen gegeben haben muss, in der Sie das Gefühl hatten, dass Sie in Ihrer Arbeit als Ehrenamtler unsererseits nicht zufriedenstellend behandelt wurden.*

*Diese Feststellung hat mich persönlich sehr erschüttert, bin ich doch in meiner Arbeit täglich bemüht, das Beste für unsere Stadt zu erreichen und meine Mitsreiter, also vor allem Sie und meine Kollegen dabei zu motivieren, zu unterstützen, mitzureißen und wertzuschätzen.*

*Und so trifft es mich tief, wenn meine diesbezügliche tägliche Botschaft zu solchen Missverständnissen auf Seiten der Stadtverordneten führt. Ein Perspektivwechsel meinerseits wird daher zukünftig viel öfter vorzunehmen sein. Es wird notwendig sein, sich noch intensiver in die Lage bzw. Informationslage der politischen Ehrenamtler hineinzusetzen.*

230

*Sehr geehrte Stadtverordnete, wer mich kennt, der weiß, dass ich ein Mensch bin, der es nicht darauf anlegt, Streit um des Streitens wegen vom Zaun zu brechen oder andere Menschen grundlos zu verärgern. Diesem Wesenszug bin ich aus meiner Sicht auch im Umgang mit Ihnen stets treu geblieben. Und so war es auch nicht meine Absicht, sie mit der Pressemitteilung und deren Inhalt zu provozieren oder bloß zu stellen. Dass Sie am Ende dennoch dieses Gefühl hatten bzw. diese Wirkung entstanden ist, bedaure ich zutiefst.*

235

240

*Es wird nun meinerseits darum gehen, den darüber hinaus bestehenden Gründen Ihrer ganzheitlichen, tiefersitzenden Verärgerung und dem sich über Jahre (evtl. Jahrzehnte) manifestierten/eingeschlichenen Grundmisstrauen in das Arbeiten dieses Hauses auf den Grund zu gehen.*

245

*Deshalb möchte ich unbedingt und mit Ihrer Unterstützung den Versuch unternehmen, unsere gesamte Zusammenarbeit für die Zukunft auf ein wesentlich besseres, transparenteres und hoffentlich auch wieder von Vertrauen geprägtes Niveau zu heben.*

250

*Um das tun zu können, ist es erforderlich die Ursachen für Ihre Verärgerung, ja Protest, zu ermitteln. Ich möchte Ihnen daher gern vorschlagen, dass ich Sie, die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, jeweils zu einer gesonderten, unvoreingenommenen Gesprächsrunde einlade, um von Ihnen persönlich und rücksichtslos zu hören, welche Momente, Entscheidungen, Festlegungen oder auch Nachlässigkeiten in Bezug auf mich oder die Arbeit unseres Hauses Ihnen erinnerlich sind, die bei Ihnen oder den Lübbenerinnen und Lübbenern z.B. als nicht nachvollziehbar, ärgerlich, falsch, zu langsam oder vielleicht auch verletzend hängengeblieben sind und was man in diesen Fällen vielleicht hätte anders machen sollen.*

255

*Von dieser intensive Analyse verspreche ich mir, dass wir gemeinsam eine Form des Miteinanders finden und herausarbeiten, was dem Grundgedanken der Brandenburgischen Kommunalverfassung auch wieder entspricht, nämlich, dass die Stadtverordnetenversammlung ein Teil der Verwaltung ist und ihr es aus meiner Sicht auf einfache und nachvollziehbare Weise ermöglicht werden muss, Entscheidungen für die Stadt, durch einen Zusammenfluss von Verwaltungswissen auf der einen Seite und der Abbildung des Bürgerwillens auf der anderen Seite zu treffen.*

260

265

*Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie meinem Wunsch entsprechen könnten und von meinem Gesprächsangebot schon in den kommenden Wochen Gebrauch machen würden. Ich denke, dass diese fraktionellen Gespräche der Schlüssel zu einem besseren, gedeihlicheren Miteinander und zu einem möglichen Neuanfang zum Wohle unserer so schönen Stadt sein können. Wir, meine Fachbereichsleiter und ich, stehen Ihnen darüber hinaus gern auch für Einzelgespräche zur Verfügung.*

270

*Vielleicht ist es auch zielführend, sich im Nachgang zu diesen Gesprächen noch zu einem interfraktionellen Treffen zusammenzufinden, um mit Ihnen gemeinsam zu besprechen, welche Folgerungen ich und auch meine Kollegen aus diesen Gesprächen gezogen haben. Und wer weiß, vielleicht gelingt es ja auch, einen beiderseitigen Perspektivwechsel vorzunehmen, um so in Zukunft besser auf die Erwartungen des anderen eingehen zu können und auch Verständnis für Entscheidungen und Verhaltensweisen „der Verwaltung“ (des Rathauses) zu wecken.*

275

280

*Ich denke, dass wir alle hier, sehr stolz sein können, was in den letzten vier/fünf Jahren in Lübben geschehen ist. Diese mit den Händen zu greifende Dynamik die wir verspüren dürfen, welche sich deutlich an den Nachfragen nach Wohnraum, Bauland oder Kitaplätzen ablesen lässt, ist auch auf Ihre Entscheidungen der vergangenen Jahre zurückzuführen. Aus diesem Grund möchte ich heute abschließend auf die in der letzten Stadtverordnetenversammlung erwähnte Bilanz nach vier Jahren als Bürgermeister der Stadt Lübben (Spreewald) eingehen. Sehr geehrte Stadtverordnete, wir stehen gut zwei Monate vor einer Kommunalwahl und in dieser Zeit ist es aus meiner Sicht so, dass die kandidierenden Parteien und Wählervereinigungen Bilanz ziehen und auch auf diese Weise berechtigt und üblich um die Gunst der Wähler buhlen. Sehen Sie es mir also nach, wenn ich, meiner kommunalpolitischen Erfahrung folgend, für mich entschieden hatte, diese Halbzeitbilanz erst nach den Kommunalwahlen abzu legen.*

285

290 Wenn ihrerseits allerdings der Wunsch besteht Bilanz zu ziehen, dann lassen Sie uns das doch gemeinsam tun. M.E. wäre es doch gut, wenn wir unsere, in vielen Bereichen erreichten Erfolge, wie zum Beispiel im Bereich der Brückensanierung, des Straßenbaus, des Städtebaus, der Fördermittelakquise oder im Kulturbereich noch einmal für die Presse und somit letztlich für unsere Bürgerinnen und Bürger zusammenfassen.

295 Ich möchte Sie daher gern dazu einladen, in einer gemeinsamen Pressekonferenz von den vielen kleinen und großen Erfolgen (vielleicht auch noch offenen Träumen und Wünschen) der letzten vier respektive fünf Jahre zu berichten.

300 Ich würde, sofern es Ihrem Wunsch entspricht, eine entsprechende Presseveröffentlichung in Form einer PowerPoint vorbereiten und Ihnen vorab natürlich zur Kenntnis geben. So könnten wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zusammengefasst erfahren, was wir zuletzt gemeinsam erreicht haben.

305 Und keine Sorge, auch wenn diese schnelllebige Zeit einen schnell einmal etwas vergessen lässt, wir – Sie – haben einiges geleistet und auf den Weg gebracht, worauf Sie stolz sein können und worüber man auch nochmal berichten sollte.

310 Sofern ich diesbezüglich auf Ihr Wohlwollen treffe, würde ich die Vorbereitungen dazu treffen. Ich denke, dass die PowerPoint spätestens Anfang Mai zur Verfügung stehen könnte und so dann ein gemeinsamer Termin gefunden werden müsste. Geben Sie mir ein entsprechendes Zeichen.

In der Hoffnung, dass Sie meine heutige Handreichung, hin zu einem verständnisvolleren und konstruktiveren Miteinander, annehmen können, danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

315 Herr Rogalla bedankt sich für die klaren Worte, den Fraktionen wurde das Angebot zugänglich gemacht und es liegt nun an den Fraktionen auf Herrn Kolan zuzugehen.

## **TOP 6 – Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters öffentlicher Art**

---

320 Herr J. Richter nimmt die persönlichen Worte des Bürgermeisters zum Anlass, zu erwähnen, dass die Tür der Stadtverordneten immer offensteht. Ein erster Schritt wurde dahingehend getan, gemeinsam zu schauen, was es heißt für die Stadt Lübben (Spreewald) das Beste zu erreichen und umzusetzen.

325 Herr Kindler erklärt, dass ihn die Ausführungen des Herrn Schneider in der letzten Stadtverordnetenversammlung sehr überrascht haben. Es handelt sich seiner Meinung nach um dessen persönliche Auffassung, die Herr Kindler in der Form nicht teilt. Herr Kindler sieht auf allen Seiten das Bemühen zusammenzuarbeiten. Zu begrüßen ist nach seiner Auffassung der Vorschlag des Bürgermeisters, Dinge offen anzusprechen. Er warnt allerdings vor einer öffentlichen Präsentation. Dies kommt im Zuge der Kommunalwahl aus Sicht von Herrn Kindler bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht sehr gut an.

335 Eine weitere Aussprache wird es gegebenenfalls im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung geben.

340 Herr Rieger führt aus, dass es in Bereichen, in denen Menschen zusammenarbeiten immer Konflikte gibt. Er hat die Erfahrung gemacht, dass es immer sehr zielführend ist, einen externen Begleiter heranzuziehen. Herr Rieger bittet darum gegebenenfalls darüber nachzudenken.

Herr Bruse erklärt für seine Fraktion, dass die vorstehenden Informationen und Vorschläge aufgenommen werden, bis zu den Wahlen aber nichts überstürzt wird.

345 Herr S. Richter bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen des Bürgermeisters. Er schlägt vor, sich nach den Wahlen zusammzusetzen und gemeinsam zu überlegen, wie man sich für die Stadt Lübben (Spreewald) orientiert. Er hält eine externe Betreuung für nicht erforderlich.

350 Herr Beck bedankt sich ebenfalls für die klaren Worte des Bürgermeisters. Er ist der Auffassung, dass wenn es der Sache und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lübben (Spreewald) dient und die Wähler zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 der Fraktion Pro Lübben ein Mandat erteilen, seitens der Fraktion alles darangesetzt wird, die Interessen der Lübbener zu vertreten.

355 Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

### 360 **TOP 7 – Petition für einen qualitätvollen Ausbau der OD B 87 zur Sicherung des Status als staatlich anerkannter Erholungsort – Vorlage: 2019/016**

---

Herr Rogalla führt aus, dass nunmehr 16 stimmberechtigte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.

365 Er informiert, dass sich der Hauptausschuss vorberatend mit dem Entwurf des Antwortschreibens befasst hat. Im Ergebnis dazu liegt heute die veränderte Anpassung vor.

Herr Rieger erklärt, dass bereits ausführlich im Bauausschuss über das Antwortschreiben diskutiert wurde. Es gab darin große Zustimmung zu dem dort vorgelegten Entwurf. Herr Rieger möchte kurz dargestellt haben, was seitdem verändert worden ist. Gegebenenfalls müssen darüberhinausgehende Veränderungen diskutiert werden.

Herr Rogalla erklärt, dass im Hauptausschuss bereits umfassende Ergänzungen und Diskussionen erfolgt sind.

375 Herr Neumann teilt mit, dass er die Diskussionen aus dem Bauausschuss sodann im Hauptausschuss dargestellt hatte. Anregungen und Hinweise aus dem Hauptausschuss wurden in das Schreiben eingearbeitet.

380 Herr Rogalla lässt über das Antwortschreiben abstimmen.

**Der Beantwortung der Petition in vorgelegter Form wird einstimmig zugestimmt.**

### 385 **TOP 8 – Information der Stadtverwaltung zu Varianten des Baus von Kindertageseinrichtungen**

---

390 Bezüglich der Präsentationen der Fachbereichsleiterin für Ordnung, Bildung und Soziales, Frau Streiber sowie von Herrn Beyer aus dem Fachbereich Bauwesen/Sachgebiet Stadtplanung ist auf folgenden Link Bezug zu nehmen:

<http://www.luebben-rathaus.de/de/rathaus/politik/sitzungsdienst/sitzungen/#714>

395 Herr B. Kaiser fragt, ob die zu Grunde gelegten Flächenkriterien die gesetzlich notwendigen sind oder ob man von den angegebenen m<sup>2</sup>-Zahlen nach Schätzungen der Verwaltung ausgeht.

400 Außerdem möchte er geklärt haben, was für die Jahre 2020/2021 bei den fehlenden Kita-Plätzen vorgesehen ist, da letztendlich anhand der aufgeführten Zeitstrahlen mit einer Fertigstellung, egal in welcher Form, vor 2022 nicht zu rechnen ist.

Des Weiteren hält Herr B. Kaiser die fiskalische Betrachtung für sehr wichtig. Er hält die Kostengegenüberstellung, ob die Stadt oder ein fremder Dritter tätig wird, hinsichtlich einer Entscheidungsfindung für zwingend erforderlich.

405

Frau Streiber informiert zu 1) dass es Verwaltungsvorschriften hinsichtlich der Innen- und Außenflächen gibt, die pro Kind in m<sup>2</sup> vorgehalten werden müssen.

410

Sie erläutert weiter, dass sich die erste Kita bereits seit 2018 in Planung befindet. Der Verwaltung ist daran gelegen, dass diese möglichst schnell fertiggestellt wird, ob als Wiederverwendungsbau etc. Geklärt werden muss, wer baut und in welcher Form. Solange nicht in individuelle Planungen und Verhandlungen eingetreten wird und auch noch nicht klar ist, wo eine Kita gebaut wird, ist eine Aussage zu den Kosten nicht möglich. Ihr ist ein Richtwert von circa 40.000,00 € pro Kind geläufig, wenn man in einer Größenordnung von 180 Plätzen denkt. Schwankungen wird es dahingehend geben, hier kommt es darauf an, wie der Standard der Kita aussehen wird bzw. wann der Bau beginnt. Kita-Finanzierungsrichtlinien wird ein Kita-Neubau nicht hergeben.

415

420

Herr Rieger möchte wissen, was dagegenspricht das planungsrechtliche Vorgehen bereits voranzutreiben.

425

Herr J. Richter spricht insgesamt die Kapazitäten für die Zukunft ausgerichtet an. Dazu gehören auch die Schule, der Hort bzw. bestehende Einrichtungen und gegebenenfalls die Möglichkeit der Erhöhung von Kapazitäten für Übergangslösungen. Ihm es ist wichtig, ob bestehende Standorte gegebenenfalls in der Kapazität erhöht werden können, z. B. stellt sich für ihn die Frage, ob es möglich ist, in der AWO-Kita eine Containervariante aufzustellen. Dass diese Variante nicht schön ist, ist Herrn J. Richter klar, dennoch eventuell effektiver.

430

Weiterhin spricht Herr J. Richter den B-Plan 4.1 an und hinterfragt, wieviel Wohnfläche dann verloren gehen würde.

Außerdem möchte Herr J. Richter eine stadtplanerische Einschätzung zum Standort Lessingstraße.

435

Zudem fragt Herr J. Richter, von welchem Zeitstrahl ausgegangen wird bei Entwicklung der Fläche Majoransheide bzw. welche Ressourcen notwendig werden.

440

Herr Beyer erklärt, dass man in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße bei einer Wohngrundstücksgröße von 1.000 – 1.200 m<sup>2</sup> von etwa fünf Grundstücken ausgehen könnte.

445

Bei dem Standort Lessingstraße führt Herr Beyer aus, dass die Schallschutzwand gegebenenfalls entfernt werden kann, so dass das Gebäude zur Parkstraße orientiert werden kann. Er hält die Parkstraße als Verbindungselement für die B87 und B115, u. a. für Pendler als gut geeignet. Außerdem ist in diesem Bereich der Geschosswohnungsbau angesiedelt, welcher auch weiterentwickelt werden soll. Zudem befindet sich die Fläche im Innenbereich, was bedeutet, dass eine Gebietscharakterisierung für ein allgemeines Wohngebiet möglich ist.

450

Der Standort Majoransheide ist zunächst im Flächennutzungsplan als Sondergebietsfläche für Erholung dargestellt, da sich aber in den letzten 15 Jahren kein Investor gefunden hat, wäre eine Gebietscharakteränderung möglich. Herr Beyer geht davon aus, dass die Fortschreibung des Flächennutzungsplans zwei Jahre umfasst, so dass man von insgesamt fünf bis sechs Jahren ausgehen muss, vorbehaltlich personeller Ressourcen.

455

Herr Bruse fragt, ob eine Modulbauweise gegebenenfalls zeitlich günstiger ist, um schnell eine Fertigstellung der ersten Kita realisieren zu können bzw. ob ein Containerbau gegebenenfalls in der Logenstraße möglich wäre, um zunächst Kapazitäten erhöhen zu können.

Herr Neumann führt aus, dass wie bereits ausgeführt, bestimmte m<sup>2</sup>-Richtwerte eingehalten werden müssen, die einem Kind sowohl im Innen-, als auch bei der Außenfläche zur Verfügung



460 stehen müssen. Bisherige Prüfungen haben ergeben, dass dies bei dem Standort der AWO-Kita in der Logenstraße nicht möglich ist.

Er legt dar, dass die Baugenehmigung im OT Treppendorf erteilt wurde, da der Altbestand abgerissen werden soll. Auch hier muss die Größe der Außenfläche eingehalten werden.

465 Bei einer Modulbauweise muss die Planung ebenfalls ausgeschrieben werden. In der Herstellung ist eine solche Bauweise schneller realisierbar, aber ob die Herstellung genauso schnell möglich ist, wie z. B. bei der Modulbauweise in der 1. Grundschule, ist fraglich und richtet sich nach dem Hersteller.

470 Für Herrn J. Richter ist es wichtig, dass alle bestehenden Möglichkeiten bzw. Varianten gründlich geprüft werden. Wenn Grundstücke an Familien veräußert werden, sollten umgekehrt selbstverständlich auch Kita-Plätze zur Verfügung stehen.

475 Herr J. Richter fragt, ob gegebenenfalls ein Dachgeschossausbau in der AWO-Kita möglich ist, um die Kapazitäten dort erhöhen zu können.

480 Herr Kolan erklärt, dass mit der heutigen Präsentation die optimalen Varianten vorgeschlagen wurden, auch hat sich die Verwaltung über Container oder über einen eventuellen Modulbau Gedanken gemacht. Sobald ein entsprechendes Signal seitens der Stadtverordneten gegeben wird, steht der Weiterführung dieser Möglichkeiten selbstverständlich nichts im Wege.

485 Herr S. Richter legt dar, dass schnell eine Kita mit 60 bis 100 Plätzen entstehen muss. Er schlägt vor, die Grundstücksgegebenheiten angrenzend an die Kita „Gute Laune“ zu prüfen, gegebenenfalls kurzfristig über einen Containerbau nachzudenken.

Herr Neumann erklärt, dass natürlich die Möglichkeit der Ausschreibung für einen Teil besteht. Es handelt sich dann um einen Generalübernehmer. Dieser Vorschlag wurde den Stadtverordneten bereits vor etwa 1 ½ Jahren durch die Verwaltung unterbreitet.

490 Frau Streiber erklärt, dass es Gespräche mit den Vertretern der Kita „Gute Laune e. V.“ gab. Eine Prüfung ergab, dass nicht ausreichend Grundstücksfläche vorhanden ist. Zudem handelt es sich um einen freien Träger, diese können selbstverständlich selbst über ihre Konzepte entscheiden. Ein Anbau oder Umbau dieser Kita würde dennoch auch ein Umsetzen der Kinder nach sich ziehen und es müsste Ersatz geschaffen werden.

500 Herr Kolan schlägt vor, dass die Möglichkeit eines Fragebogens besteht, dieser kann gern durch die Vorschläge zum angesprochenen Containerbau oder auch zur Generalübernehmer-schaft ergänzt werden. Gern nimmt Herr Kolan den Hinweis von Herrn Rieger auf, gegebenenfalls die Planungsausschreibung voranzustellen. Er hält eine Diskussion im April 2019 für nochmals gegeben, so dass dann eine Beschlussfassung im Mai 2019 auf einer sorgfältig diskutierten Grundlage möglich ist.

505 Herr Neumann gibt den Hinweis, dass in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße durch die Schaffung von 1.200 m<sup>2</sup> gegebenenfalls befristete Kapazitäten für zwei Jahre geschaffen werden können.

Herr J. Richter möchte auf seinen Antrag verweisen, dass im nichtöffentlichen Teil die eine oder andere Frage geklärt werden sollte.

510 Herr Kolan spricht sich für eine rasche Beschlussfassung zum Grundstück Am Eichengrund aus. Hier heißt es zunächst, das Grundstück unter dem Namen „Stadt Lübben“ zu bilden, so dass gegebenenfalls ein Dritter in der Lage wäre, ein komplettes Grundstück zu erwerben. Diese Vorgehensweise passt wiederum zum Wirtschaftsplan der LWG, welcher vorsieht, Grundstücke zu verkaufen, um für die Gesellschaft Einnahmen erzielen zu können.

515

Herr Rogalla beendet diesen Tagesordnungspunkt und verweist für weitere Fragen auf den nichtöffentlichen Teil.

520

### **TOP 9 – Hauptsatzung, 1. Lesung – Vorlage: 2019/019**

---

Herr Weidemanns bedankt sich im Namen seiner Fraktion dafür, dass die Hinweise seitens des Herrn Th. Kaiser bezüglich der Hauptsatzung Gehör gefunden haben.

525

Herr Bruse fragt nach, ob die Fragen aus dem Hauptausschuss heraus bereits eingearbeitet wurden.

530

Herr Hase informiert, dass die Änderungshinweise aus der Hauptausschusssitzung vom 11.03.2019 eingefügt wurden bzw. nach entsprechender Zuarbeit und Antworten eingefügt werden.

Herr Rogalla beendet die 1. Lesung zur Beschlussvorlage 2019/019.

535

### **TOP 10 – Einwohnerbeteiligungssatzung, 1. Lesung – Vorlage: 2019/020**

---

Herr Rogalla informiert, dass die 2. Lesung für die Stadtverordnetenversammlung am 25.04.2019 vorgesehen ist, eine Vorbefassung im Hauptausschuss fand am 11.03.2019 statt.

540

Herr Hase informiert zu der Frage aus dem Hauptausschuss, was wichtige Angelegenheiten sind. Er erklärt, dass es nach seinen Recherchen keine genaue Definition dazu gibt, was wichtige Angelegenheiten sind. Herr Hase schließt daraus, dass es weitestgehend eine freie Entscheidung der Kommune ist, was als wichtige Angelegenheit zu betrachten ist.

545

Herr Rogalla beendet die 1. Lesung zur Beschlussvorlage 2019/020.

### **TOP 11 – Ehrensatzung, 1. Lesung – Vorlage: 2019/021**

---

550

Herrn Herzke hält den in § 4 (2) der Satzung festgelegte Zeitraum von 10 Jahren für den Erhalt einer Ehrenurkunde für politische Mandatsträger in ehrenamtlicher Tätigkeit für etwas suspekt.

555

Dies sieht Herr B. Kaiser als nicht problematisch an. Dennoch steht er der Benennung von Straßennamen und Plätzen in diesem Umfang etwas unsicher gegenüber. Er hält es für wichtig sich an Dinge zu halten, die in der Zukunft auch tatsächlich umgesetzt werden können.

560

Herr B. Kaiser fragt nach, ob es der Stadtverordnetenversammlung in einem Einzelbeschluss gegebenenfalls bei tatsächlichem Eintreten einer besonderen Ehrung möglich ist zu handeln.

565

Herr Hase erklärt, dass eine gewisse Wertigkeit vorgenommen wurde, alle wichtigen Ehrungen wurden in der Satzung verankert. Niederschwellige Ehrungen, wie z. B. ein Ehrungsempfang für die Ehrenamtlichen können unproblematisch weiterhin vollzogen werden. Wenn aber Stellen oder Straßennamen geregelt werden sollen, wird es tatsächlich schwieriger. Letztendlich liegt die Entscheidung abschließend bei den Stadtverordneten. Herr Hase empfiehlt dennoch eine umfängliche Regelung,

570

Herr Kolan fügt hinzu, dass die Inhalte der Ehrensatzung selten vorkommen, dennoch sollten die Individualfälle vorgesehen sein.

Herr Rogalla beendet die 1. Lesung hierzu.

## **TOP 12 – Verwaltungsgebührensatzung, 1. Lesung – Vorlage: 2019/022**

---

575

Herr Rogalla erklärt, dass es sich um die 1. Lesung handelt, die weitere Terminkette ist ersichtlich.

580

Herr B. Kaiser fragt nach, ob es sich bei Verwaltungsgebühren um Brutto- oder Nettobeträge handelt.

Herr Bruse erkundigt sich, ob eine Gegenüberstellung von vorher und nachher erstellt wurde.

585

Herr Hase führt aus, dass diese am kommenden Montag versandt wird.

Herr Rogalla beendet die 1. Lesung.

## **TOP 13 – Aufholung der doppischen Bilanzen 2013 – 2018 nach dem retrograden Verfahren – Vorlage: 2019/018**

---

590

Es gibt keine Wortmeldungen, Hinweise oder Einwendungen.

595

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

**Bei einer Enthaltung sprechen sich die Stadtverordneten dafür aus.**

### Beschluss:

600

Die Jahresabschlüsse 2013 bis 2018 werden entsprechend des „Leitfadens zur Aufholung Doppische Bilanzen“ von PD – Berater der öffentlichen Hand aufgestellt.

605

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Vorgehen und den Vereinfachungen gemäß der Beschlussbegründung zu.

## **TOP 14 – Abgrenzung der Gebietskulisse der Wohnraumförderung, d. h. Vorrang- und Konsolidierungsgebiete – Vorlage: 2019/017**

---

610

Herr S. Richter bittet darauf zu achten, dass sich ein ehemaliger jüdischer Friedhof auf dem Konsolidierungsgebiet befindet. Er bittet um Berücksichtigung und gegebenenfalls um Prüfung, ob dies möglicherweise Auswirkungen auf zukünftige Planungen haben kann.

615

Herr Beyer führt aus, dass dies der Verwaltung/Stadtplanung bekannt ist. Vor zwei Jahren gab es bereits eine Vorstellung der Pläne, wobei die jüdische Gemeinde beteiligt wurde. Herr Schwarz von der jüdischen Gemeinde aus Königs Wusterhausen hat damals mitgeteilt, dass es auf der Gemarkung Lübben auf dem Gebiet der Majoransheide nur diesen einzigen jüdischen Friedhof gibt. Sobald es zur Entwicklung des Gebietes kommt, muss eine Rücksprache mit Herrn Schwarz erneut erfolgen, um herauszufinden, welche Dimensionen diese Fläche aufweist.

620

Herr J. Richter bittet um Erstellung einer aktuellen Maßnahmenliste und entsprechende Aushängung im Hauptausschuss.

625

In kurzer Abstimmung mit Herrn Neumann spricht sich Herr Kolan dafür aus.

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

**Bei einer Enthaltung sprechen sich die Stadtverordneten dafür aus.**

630

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Blota) beschließt die Abgrenzung der Vorranggebiete Wohnen und der Konsolidierungsgebiete für die Wohnraumförderung gemäß vorliegendem Plan.

Bevor TOP 15 eröffnet wird gibt Herr Weidemanns folgende persönliche Erklärung ab:

640 „Sehr geehrte Damen und Herren, werte Abgeordnete, Herr Bürgermeister,  
in den letzten fünf Jahren als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben  
(Spreewald) war es eine für mich aufregende Zeit, eine Zeit in der ich meine persönlichen  
Belange zu Gunsten der Stadt Lübben und ihrer Bürger zurückstellte und versuchte nach bes-  
tem Wissen und Gewissen ehrenamtlich verantwortungsvoll zu handeln. Als wir im Jahr 2014  
645 zur Wahl angetreten sind, haben wir in den Jahren davor mit starkem bürgerlichen Engage-  
ment und Bildung eines Bürgervereins für die Belange vieler Bürger dieser Stadt gekämpft und  
so einen bedeutenden politischen Druck erzeugt, der die vorhergehende Stadtverordneten-  
versammlung noch vor den Wahlen zum Umdenken bewegt hat. Dieser Druck aus der Bevöl-  
650 kerung und die bevorstehenden Wahlen 2014 bewegte nämlich die zu diesem Zeitpunkt be-  
stehende Stadtverordnetenversammlung in Fragen der Abwasserpolitik und den einhergehen-  
den Ungleichbehandlungen mittels Altanschießerbeiträge umzudenken und sich zumindest  
mit einer knappen Mehrheit für ein gerechtes Gebührenmodel. zu entscheiden. Die Entschei-  
dung, auch zur Wahl ins Stadtparlament anzutreten, war für mich der konsequente Weg weiter  
für die Bürger und die Stadt Lübben Positives bewirken zu können. In den Jahren 2014 bis  
655 heute haben wir sicherlich vieles erreicht und sind vor allem zu Recht stolz darauf, dass wir  
alle unsere Wahlversprechen unserer Fraktion umgesetzt haben. Was aber in der gesamten  
Zeit immer wieder zu Frust geführt hat, ist die Tatsache, dass durch die Verwaltung eher ein  
Gefühl von Stillstand, Verzögerung und Hinhaltetaktik erzeugt wurde. Gerade das Prozedere  
zum Thema TKS, Hortanbau 1. Grundschule und viele andere große Themen ist Zeugnis für  
660 die vergangenen Jahre. Zu erwähnen ist im Besonderen auch der Umgang mit den Fragen  
unserer Fraktion an die Verwaltung, welche sehr schleppend und auch erst nach mehrfacher  
Aufforderung beantwortet wurden. Sachliche Hinweise zu Themen, wie das Vergabeverfahren  
TKS wurden entweder ignoriert oder nur mit falschen Erklärungen abgebrochen. Für mich ist  
ein wichtiges Thema, die Essenversorgung in den Schulen und Kindertagesstätten durch die  
665 Firma Dussmann. Der Umgang mit meinen Fragen und die Haltung der Verwaltung ist mit der  
letzten Pressemitteilung der Verwaltung zum Thema TKS Auslöser gewesen, ihnen jetzt meine  
Entscheidung mitzuteilen, dass ich nach Beendigung des öffentlichen Teils der Stadtverord-  
netenversammlung am heutigen 21.03.2019 mein Mandat niederlege. Ich wünsche allen an-  
wesenden zukünftigen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung viel Erfolg und ein bes-  
670 seres Gelingen.“

Herr Rogalla bedankt sich für die Worte des Herrn Weidemanns und nimmt im Namen der Stadtverordneten seine persönliche Erklärung zur Kenntnis.

675

**TOP 15 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art**

---

Herr Beck gibt den Hinweis, dass in der Straße „Hinter der Mauer“ vor den Wohnhäusern gegenüber vom Amtsgericht vermehrt geparkt wird. Zur Folge hat dies, dass diese Straße bei  
680 Gegenverkehr gar nicht mehr befahrbar ist. Er bittet um Prüfung, gegebenenfalls in Zusammen-  
arbeit mit der Straßenverkehrsbehörde.

Herr Bruse fragt nach, ob es in nächster Zeit Informationen darüber gibt, wie der Verkehrsfluss während des Trachtenfestes geführt wird.

685

Des Weiteren bittet Herr Bruse um Mitteilung, ob der Stadt bekannt ist, was in der Parksiedlung entsteht, derzeit handelt es sich dort um einen „wilden“ Parkplatz.

690 Herr Kolan fragt nach, ob eine Vorstellung der Verkehrsregelung während des Trachtenfestes im Bauausschuss oder in der Stadtverordnetenversammlung gewünscht ist. Er spricht sich für einen 5 – 10-minütigen Vortrag in der Stadtverordnetenversammlung aus.

Herr J. Richter greift die Abstimmung zum B-Plan 4.1 auf und bittet um Informationen, wie sich der Bauausschuss ausgesprochen hat.

695 Herr Bruse führt aus, dass im Bauausschuss bisher keine Anfragen dazu gestellt wurde. Es ist selbstverständlich möglich, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Bauausschusses zu setzen.

700 Herr Sell informiert, dass er von einer Mieterin des Wohnhauses Schillerstraße, in dem es seinerzeit gebrannt hatte, hinsichtlich der Renovierungskosten für die neue Wohnung angesprochen wurde. Diese wurden durch ihre Versicherung leider nicht übernommen. Sie fragte nach, an wen sie sich wenden muss, um eventuell aus der Sammelaktion eine Bezuschussung zu erhalten.

705 Herr Kolan erklärt, dass aktuell alle Kosten durch die Versicherungen abgegolten wurden. Es gibt einen Fond, der 2.000,00 € beinhaltet. Aus diesem musste bisher nichts entnommen werden. Er bittet darum, dass sich die Mieterin gern melden kann, so dass dann eine Prüfung vorgenommen werden kann.

710 Herr Weidemanns erkundigt sich, ob er auf seine Anfrage bezüglich der verkehrsberuhigenden Zone im Ortsteil Hartmannsdorf auch nach seinem Rücktritt eine Antwort bekommt.

Herr Kolan wird sich selbstverständlich um eine Antwort bemühen.

715 Frau Streiber fügt hinzu, dass Herr Weidemanns in den Tagen eine schriftliche Antwort erhält.

Herr Rogalla verabschiedet im Namen der Stadtverordnetenversammlung bei den Stadtverordneten Th. Kaiser und Weidemanns, er bedankt sich für deren Engagement und wünscht alles Gute.

720

Herr Rogalla stellt um 19:30 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.